

Im November 2004 findet die nächste US-Präsidentenwahl statt. Nicht nur Präsident George W. Bush, der sich zur Wiederwahl stellt, sondern auch seine demokratischen Herausforderer denken in diesem Zusammenhang unweigerlich an die Zeit zu Beginn der neunziger Jahre zurück. Damals, 1991, ging George H.W. Bush als Befreier Kuwaits mit hohen Popularitätswerten in den Wahlkampf und unterlag im darauf folgenden Jahr einem bis dahin wenig bekannten Gouverneur aus Arkansas namens Bill Clinton. Dieser hatte den außenpolitisch erfolgreichen Bush – während dessen Amtszeit bekanntlich mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion auch der Kalte Krieg für den Westen erfolgreich zu Ende gegangen war – mit einer rein innenpolitischen Agenda besiegt. *It's the economy, stupid!* wurde zum Schlagwort des Siegers.

Kann sich die Geschichte bei den im kommenden Jahr anstehenden Präsidentenwahlen wiederholen? Nach dem schnellen Sieg über den Irak, der Bushs Popularität zunächst wieder hochschnellen ließ, schlägt für den Präsidenten jetzt die Stunde der innenpolitischen Wahrheit. Das Weiße Haus wird er im nächsten Jahr nur verteidigen können, wenn die amerikanische Wirtschaft bis dahin wieder in Schwung kommt und er zugleich den traditionellen Vertrauensvorsprung der Republikaner im Bereich der nationalen Sicherheit halten kann. Bush junior wird alle Register ziehen müssen, um das Schicksal seines Vaters

zu vermeiden. Das Weiße Haus hat die Wiederwahl bereits seit Ende 2002 fest im Visier.

Der Beginn der Präsidentschaft Bush fiel mit dem Ende des längsten Wirtschaftsbooms der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte zusammen. Insbesondere die zweite Hälfte der neunziger Jahre war durch die Gleichzeitigkeit von hohem Wachstum, niedriger Arbeitslosigkeit und niedriger Inflation geprägt, eine ungewöhnliche Kombination, die Ökonomen noch heute über die Ursachen streiten lässt. Präsident Clinton war es sogar gelungen, das gewaltige Haushaltsdefizit in einen Überschuss zu verwandeln – erstmals seit 1969. Die Arbeitslosigkeit sank von 1995 bis September 2000 kontinuierlich bis auf 3,9 Prozent, die niedrigste Quote seit dreißig Jahren.

Im März 2001 – zwei Monate nach Amtsantritt des neuen Präsidenten – rutschte die US-Wirtschaft in die Rezession. Die Konjunktur hatte sich bereits seit Mitte 2000 deutlich abgeschwächt, und die Volkswirtschaft schrumpfte in den ersten drei Quartalen 2001 und endete nur dank eines guten vierten Quartals mit einem geringen Wachstum von 0,3 Prozent, dem schwächsten seit 1991.

Seit März 2001 sind zwei Millionen Arbeitsplätze im privaten Sektor verloren gegangen. Die Arbeitslosigkeit schnellte um zwei Prozent in die Höhe und überstieg im August 2002 die Sechs-Prozent-Marke, bei der sie sich inzwischen eingependelt hat, mit einem bisherigen Höchststand von 6,1 Prozent im vergangenen

Mai/Juni. Die Einkommenszuwächse der Mehrzahl der Beschäftigten liegen derzeit unterhalb der Preissteigerungsrate.

Um die Rezession zu bekämpfen, gingen sowohl die Bush-Administration in ihrer Fiskalpolitik als auch die *Federal Reserve* mit ihrer Geldpolitik auf Expansionskurs. In elf Schritten senkte die „Fed“ in 2001 die Zinsen von 6,5 auf 1,75 Prozent. Im November 2002 folgte eine weitere Senkung auf 1,25 Prozent und im Juni 2003 auf ein Prozent.

Sowohl die im Wahlkampf angekündigten und bald nach Amtsantritt im Kongress durchgesetzten Steuersenkungen als auch die nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 drastisch erhöhten Ausgaben für *homeland security* und Verteidigung wirkten konjunkturbelebend. Dennoch gelang es angesichts spektakulärer Firmenzusammenbrüche und der Aufdeckung zahlreicher Bilanzierungsskandale (unter anderen Enron, Worldcom, Global Crossing) sowie der Nachwirkungen der Überhitzung der ungewöhnlich langen Boomphase insbesondere an den Aktienmärkten nicht, die Konjunktur nachhaltig zu beleben. Die Gefahr eines *double dip*, eines Rückfalles in die Rezession, schwebte lange wie ein Damoklesschwert über der Konjunktur und ist erst seit Sommer 2003 gewichen. Hinzu kamen Verunsicherungen aufgrund latent vorhandener Terrorgefahren und die sich über viele Monate erstreckende Diskussion über eine militärische Intervention im Irak.

Die Konjunkturlage hellt sich auf

Präsident Bush ist sich bewusst, dass nicht der Sieg im Irak über seine Wiederwahl im November 2004 entscheidet. Er braucht vielmehr einen nachhaltigen Aufschwung, der sich auch in den Arbeitsmarktstatistiken widerspiegelt. Er weiß, dass er jetzt die Weichen stellen muss, um das Schicksal seines Vaters, der vor allem an der schwachen Konjunktur

Anfang der neunziger Jahre scheiterte, zu vermeiden.

Die Konsens-Schätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute geht von einer weiteren Belebung des Wirtschaftswachstums aus, allerdings ohne große Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Die Optimisten unter den Ökonomen fühlen sich im Herbst 2003 in ihren Prognosen bestätigt: Die US-Wirtschaft hat im dritten Quartal mit 7,2 Prozent, das beste Quartalsergebnis seit zwanzig Jahren, kräftig Fahrt aufgenommen. Damit erscheint im kommenden Wahljahr ein Wachstum von vier Prozent möglich, und das bei stabilen Preisen. Damit kommen bereits wieder Erinnerungen an die goldene Zeit der zwanziger Jahre hoch. Die Zuversicht der Optimisten gründet sich nicht allein auf die bekannten Stärken der US-Wirtschaft: hohe Produktivität und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Diese Experten gehen davon aus, dass der schnelle Erfolg im Irak-Konflikt das Selbstvertrauen der Amerikaner trotz aller nachfolgenden Probleme nachhaltig gestärkt hat; seitdem fließe frisches Geld in den Wirtschaftskreislauf, insbesondere die Investitionstätigkeit werde belebt bei weiterhin hohem privatem Verbrauch, der vor allem mittels der Steuersenkungen angekurbelt werden konnte.

Den Chancen stehen jedoch nach wie vor Risiken gegenüber. Mit dem Sturz Saddam Husseins ist zwar ein wichtiger Konfliktherd im Nahen Osten verschwunden, doch der Frieden im Irak, geschweige denn in der Region, ist noch lange nicht gesichert. Zudem ist die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus unvermindert hoch, wie die Bombenanschläge vom Frühsommer in Saudi-Arabien, Marokko und der Türkei gezeigt haben, aber auch die zunehmende Beteiligung von Ausländern an den nahezu täglichen Bombenanschlägen im Irak. Niemand kann ausschließen, dass islamische Fundamentalisten nicht nur

amerikanische und andere westliche Ziele im Ausland angreifen, sondern auch in den USA selbst wieder neue Anschläge verüben. Das frisch gewonnene Gefühl der Stärke wäre schnell wieder erschüttert, mit negativen Konsequenzen vor allem für die Konjunktur. Doch selbst wenn die USA von neuen Terroranschlägen verschont bleiben, ist der Aufschwung keineswegs gesichert. Von den Spätfolgen des New-Economy-Absturzes über die hohen Auslandsschulden bis hin zum möglichen Platzen der Immobilienblase gibt es eine ganze Reihe von Unsicherheitsfaktoren. „Die fundamentalen Probleme der US-Wirtschaft sind immens“, warnt denn auch Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz.

Stimulierende Wirtschaftspolitik

Angesichts dieser Aussichten will Präsident Bush nichts dem Zufall überlassen. Zunächst wechselte er sein Wirtschaftsteam aus. Im Dezember 2002 verließen Finanzminister O’Neal und sein Wirtschaftsberater im Weißen Haus, Larry Lindsay, die Regierung. Mit John Snow und Stephen Friedman berief er Nachfolger, die an der Wallstreet besser „ankommen“ als ihre Vorgänger. Auch der Vorsitzende des ebenfalls im Weißen Haus angesiedelten *Council of Economic Advisors*, Glen Hubbard, sowie der Chef des Haushaltsbüros des Präsidenten, Mitch Daniels, haben die Administration verlassen.

Bushs Strategie zur Belebung der Wirtschaft beschränkt sich im Wesentlichen auf Steuersenkungen. Ernsthaftige Initiativen, um auch die anderen großen innenpolitischen Probleme anzugehen, wie das ausufernde Haushaltsdefizit oder soziale Fragen wie die Begrenzung der Arzneimittelkosten, der Krankenversicherung oder der Not leidenden schulischen Bildung werden nicht nur von der demokratischen Opposition vermisst.

Aber selbst das Kernstück seiner Wirtschaftspolitik, eine weitere Senkung der

Steuern, war lange umstritten. Bereits im Januar schlug Präsident Bush vor, die Dividendenbesteuerung abzuschaffen und die geplanten weiteren Stufen der Einkommensteuerreform mit einem Volumen von 730 Milliarden Dollar vorzuziehen. Die Heritage Foundation, ein Bush nahe stehender *think tank*, rechnete umgehend vor, dass der Plan bereits 2003 das Bruttoinlandsprodukt um elf Milliarden Dollar erhöhen und 200 000 Jobs schaffen werde. Im kommenden Wahljahr sei sogar mit einem Plus von 84 Milliarden Dollar und einer Million neuer Arbeitsplätze zu rechnen.

Am 10. Februar unterzeichneten über 450 Ökonomen, darunter nicht weniger als zehn Nobelpreisträger, ein Memorandum, in dem diese erklären, dass die vorgeschlagene Steuersenkung nicht zu einer kurzfristigen Belebung der Wirtschaft und zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen werde. Darin wird der republikanischen Führung in Regierung und Parlament vorgeworfen, mit den Steuerplänen eine dauerhafte strukturelle Veränderung der Steuergesetzgebung anzustreben mit langfristigen negativen Folgen wie einer weiteren Zuspitzung des Haushaltsdefizites. Die damit einhergehende Aushöhlung des Steueraufkommens gefährde alle Bereiche staatlicher Aufgaben – von der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme bis hin zum Bildungs- und Gesundheitswesen – und leiste einer weiteren Polarisierung in der Einkommensverteilung Vorschub. Präsident Bush gebe ohne Not die früher gerade für Republikaner typische finanzielle Disziplin auf. Damit setzt sich George W. Bush auch von seinem großen Vorbild Ronald Reagan ab. Dieser hatte 1981 massiv die Steuern gesenkt, aber im darauf folgenden Jahr angesichts eines wachsenden Haushaltsdefizites erhebliche Abstriche gemacht. Präsident Bush dagegen zeigte sich nur zu taktischen Zugeständnissen bereit. Als sich im Kon-

gress auch in den Reihen der Republikanischen Partei vor allem aufgrund des Volumens Widerstand gegen die Steuerpläne des Präsidenten regte, lenkte dieser ein und feierte das am 23. Mai endgültig verabschiedete Steuerpaket in Höhe von 350 Milliarden US-Dollar kurzerhand als eigenen Sieg. Damit brachte er die zweite große Steuersenkung seiner Amtszeit unter Dach und Fach. Einige Neo-Konservative träumen bereits von weiteren Steuersenkungen im Jahresrhythmus.

Von Bushs Wahlkampfversprechen aus dem Jahre 2000, eine Sozialpolitik des *compassionate conservatism* zu verfolgen, ist derzeit wenig erkennbar und wird mittelfristig auch immer weniger finanzierbar – was in einigen neo-konservativen Kreisen aber keineswegs bedauert wird.

Risiken für die Weltwirtschaft

Im Vergleich zu den beiden anderen großen Wirtschaftsregionen Europa und Japan befindet sich die US-Konjunktur in einem relativ guten Zustand. Problematisch sind aber die wachsenden makroökonomischen Ungleichgewichte, vor allem die Budget- und Außenhandelsdefizite, das so genannte *twin deficit*, die zu einer großen Belastung für die Wachstumsperspektiven der Weltwirtschaft führen können. Neben dem konjunkturpolitischen Kurs bereitet auch die amerikanische Währungspolitik zunehmend Kopfzerbrechen im Ausland. Das Abgehen von der Politik des starken Dollars könnte die Wachstumsaussichten in Europa und Japan weiter eintrüben. Nach Berechnungen des IWF decken die USA in 2003 über zwanzig Prozent ihres gesamtwirtschaftlichen Investitionsvolumens durch Kapitalimporte. Dennoch wird sich die Bush-Administration in ihrem wirtschaftspolitischen Kurs auch weiterhin vornehmlich von der nationalen Agenda leiten lassen. Als Konsequenz dürfte der Dollarkurs tendenziell weiter fallen.

Angesichts der derzeit großen Unsicherheiten für die Weltwirtschaft ist es nicht verwunderlich, dass die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums – neben politischen Themen – ganz oben auf der Agenda des diesjährigen G-8-Gipfels in Evian (2. bis 3. Juni 2003) stand. Der im Mai von der *US Chamber of Commerce*, BDI, DIHK und der deutschen Botschaft in Washington, D.C. organisierte erste *German American Executive Summit* (GAES), der über hundert deutsche und amerikanische Vorstände zu einem intensiven Dialog zusammenbrachte, unterstrich dabei die Bedeutung des transatlantischen Wirtschaftsraumes für die Weltwirtschaft.

Zwölf Monate vor den Wahlen im November 2004 gilt Präsident Bush zwar weiterhin als Favorit für den Wahlsieg, erscheint aber nicht mehr unschlagbar wie noch im Frühsommer unmittelbar nach Ende des Irak-Krieges.

Im November 2002 war Präsident Bush maßgeblich daran beteiligt, den Senat für die Republikaner zurückzugewinnen. Seitdem sind neben dem Weißen Haus auch beide Kammern des Kongresses in republikanischer Hand. Gab es während der Auseinandersetzung um die Irak-Politik noch deutliche Stimmen der Kritik aus den Reihen der Demokraten, verstummten diese zunächst nach dem siegreichen Krieg gegen das Regime Saddam Husseins. Der Präsident erfreute sich einer allgemeinen Zustimmungquote von über siebzig Prozent, und der schnelle Sieg im Irak hat seinen Ruf als starker und tatkräftiger Regierungschef weiter gestärkt. 1991 waren allerdings auch 85 Prozent der demokratischen Wähler für die Befreiung Kuwaits, 2003 nur knapp die Hälfte der Demokraten für eine militärische Intervention im Irak. Aber 1991 meinten nur knapp zwanzig Prozent der Wähler, das Land gehe grundsätzlich in die richtige Richtung, heute sind über fünfzig Prozent dieser Ansicht. Seitdem

nahezu täglich amerikanische Verluste im Irak zu beklagen sind, befindet sich Bush innenpolitisch in der Defensive. Seine Glaubwürdigkeit ist angeschlagen, und seine Umfragewerte sind auf fünfzig Prozent allgemeiner Zustimmung zu seiner Amtsführung gesunken. Nachdem die Konjunktur anzuspriegen scheint, könnte sich die fortdauernde Irak-Krise zur eigentlichen Achillesferse für Bush erweisen.

Am 16. Mai hat Präsident Bush offiziell den Kampf um seine Wiederwahl eröffnet, nur zwölf Stunden nachdem er im Senat eine Mehrheit für seine Steuerpläne gefunden hatte, die es ihm erlaubte, einen Erfolg in seinem Bemühen um Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen zu deklarieren. Eine Woche zuvor hatte bereits Vizepräsident Cheney erklärt, für die Wahl 2004 erneut mit anzutreten, was dessen Position als engster Ratgeber des Präsidenten stärkt, aber auch für das Team einen Startvorteil beim Spendensammeln mit sich bringt. Das Wahlkampfteam des Präsidenten hat angekündigt, die Rekordsumme von mindestens 180 Millionen Dollar an Spendengeldern einsammeln zu wollen. Über eine Million potenzieller Wahlkampfspender haben inzwischen Post vom Präsidenten erhalten. Die zeremonielle Wahlkampfereöffnung ist allerdings erst für den Beginn der Wahlkampfphase geplant. Die offizielle Nominierung durch die „Republican National Convention“ ist vom 30. August bis zum 2. September 2004 geplant. Die Wahlkampfstrategen im Weißen Haus erhoffen sich davon den traditionellen *post-convention*-Anstieg in den Umfragewerten. Der Jahrestag der Anschläge vom 11. September nur wenige Tage später fügt sich gut in dieses Konzept ein.

Bushs Wahlkampfstrategen setzen vor allem auf den Ausbau der eigenen konservativen Basis. Statt der fünfzehn Millionen, die er bei der letzten Wahl für sich

gewinnen konnte, zielt das Bush-Cheney-Lager 2004 auf den Gewinn möglichst aller zirka neunzehn Millionen christlich-konservativen Wähler.

Größten Wert legt das Weiße Haus auf Loyalität und Disziplin in den eigenen Reihen. So wurden republikanische Abweichler in der Steuerpolitik wie die Senatoren Snowe und Voinovich mittels aggressiver Werbespots von dem Präsidenten nahe stehenden Lobbygruppen unter Druck gesetzt. Dieses soll auch mögliche Präsidentschaftskandidaten aus dem konservativen Lager von vornherein demotivieren. Bush senior wurde bei den Wahlen 1992 nicht allein durch Bill Clinton besiegt, sondern auch durch die Kandidatur von Ross Perot, der das konservative Lager spaltete.

Startnachteil der Demokraten

Auf der demokratischen Seite ist das von Präsident Bill Clinton hinterlassene Vakuum nach wie vor nicht gefüllt. Nach der Erklärung des ehemaligen Vizepräsidenten Al Gore nach seiner Wahlniederlage, in 2004 nicht erneut antreten zu wollen, fehlt auf demokratischer Seite ein klarer Favorit. Bisher haben sich zehn Bewerber zu einer Herausforderung von Präsident Bush erklärt, von denen Senator Graham aus Florida allerdings bereits wieder das Handtuch geworfen hat. Vor allem dank seiner innovativen, Internet-gestützten *grass-roots*-Kampagne führt Ex-Gouverneur Howard Dean aus Vermont das Feld der demokratischen Herausforderer an. Neben ihm gelten Dick Gephardt, der ehemalige Führer der Demokraten im Repräsentantenhaus, Joe Lieberman, der ehemalige Vizepräsidentschaftskandidat von Al Gore, der frühere NATO-Oberbefehlshaber (SACEUR) Wesley Clark sowie die Senatoren Kerry aus Massachusetts und Edwards aus North Carolina als aussichtsreiche Kandidaten. Der demokratische Kandidat dürfte voraussichtlich im März 2004 nach den ersten Vorwahlen

feststehen. Auf jeden Fall wird der demokratische Herausforderer einen erheblichen Startnachteil haben, nicht zuletzt auch finanziell.

Achillesferse „Sicherheit“

Auf demokratischer Seite gibt es derzeit kaum schlüssige Vorstellungen darüber, mit welchen Themen und welcher Taktik der geölten Wahlkampfmaschinerie des Präsidenten begegnet werden soll.

Schon bei den *mid-term*-Wahlen im November 2002 hatten die Demokraten vergeblich darauf gehofft, die schwache Konjunktur in Stimmen für die eigenen Kandidaten ummünzen zu können. Unterschätzt wurde einmal mehr die Sicherheitspolitik, die klassische Achillesferse der Demokraten seit Jimmy Carter.

Aktuelle Umfragen zeigen zwar, dass die Republikaner hier nach wie vor einen Vorteil haben, aber die Glaubwürdigkeit des Präsidenten gilt aufgrund der *volatilen* Sicherheitslage im Irak und der anhaltenden Diskussion um den Kriegsgrund (fehlender Nachweis von Massenvernichtungswaffen) als angeschlagen. Die Anschläge vom 11. September 2001 haben ohne Zweifel für immer den Blick der USA auf sich selbst und die Welt verändert. Der internationale Terrorismus ist quasi über Nacht zur neuen großen Gefahr geworden, die die amerikanische Sicherheitsdebatte dominiert und auch für die nächste Zeit beherrschen wird. Mit dem „Department for Homeland Security“ ist ein neues großes Ministerium geschaffen worden, die größte Umstrukturierung der amerikanischen Bundesregierung seit der Schaffung des Pentagons in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts.

Die Anschläge von „9/11“ haben auch dazu geführt, dass der ohnehin große *Pool* an *pro-defense*-Wählern noch größer geworden ist. In den USA leben heute

etwa 25 Millionen Amerikaner, die in den Streitkräften gearbeitet haben. Weitere sechs Millionen gehören derzeit zum verteidigungspolitischen Bereich, wovon 1,4 Millionen dem aktiven Militärdienst angehören zuzüglich etwa eine Million Reservisten und 600 000 zivile Angestellte der Streitkräfte beziehungsweise des Verteidigungsministeriums. Hinzu kommen weitere drei Millionen Beschäftigte in Rüstungsbetrieben und die vielen direkten und weiteren Familienangehörigen. Alles in allem verfügen nahezu fünfzig Millionen Amerikaner über relativ enge Verbindungen zu den Streitkräften. Über sechzig Prozent der Veteranen sind älter als fünfzig Jahre und über vierzig Prozent älter als 65. Statistisch gesehen haben Veteranen eine sehr viel höhere Wahlbeteiligung als andere Gesellschaftsgruppen.

Die nationale Sicherheit rangiert zwar nach wie vor hinter „Wirtschaft“ und „Arbeitsplätzen“ in der persönlichen Bedeutung für die Befragten, doch ist der Abstand deutlich geringer geworden. Auch die „kriegskritische“ Vietnam-Generation ist in ihrer großen Mehrheit an einem starken Militär und einer robusten Außenpolitik interessiert.

Die Wirtschaft (das heißt in erster Linie: „jobs, jobs, jobs“) steht zwar nach wie vor ganz oben auf der Prioritätenliste der amerikanischen Wähler, aber die nationale Sicherheit folgt inzwischen dicht dahinter an zweiter Stelle und hat damit gegenüber 1991 erheblich an Bedeutung gewonnen. Galt im Sommer die Wirtschaft noch als Achillesferse für den Präsidenten und die nationale Sicherheit als seine Stärke, scheint es derzeit eher umgekehrt zu sein. Das Weiße Haus gibt sich keinen Illusionen hin: Bushs Wahlkampfstrategie Karl Rowe erwartet im November 2004 einen ähnlich knappen Wahlausgang wie im Jahr 2000, aber erneut mit Vorteil Bush.